



Ausgabe 05 | Januar 2020

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Berücksichtigung von Beitragsnachzahlungen für Vorjahre im Rahmen der Öffnungsklausel
- > Keine Aufdeckung der stillen Reserven bei freiwilligem Landtausch
- > Sonderabschreibungen nach § 7g EStG a.F. für nach dem 31.12.2007 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens
- > Untergang von Gewerbeverlusten bei Betriebsverpachtung
- > Säumniszuschläge trotz Anzeige der Masseunzulänglichkeit
- > Rechnungsanforderungen für den Vorsteuerabzug
- > Grundsätzlich keine Geschäftsveräußerung trotz vollständiger Übertragung der Anteile an einer GmbH
- > Vorsteuerabzug für ein Arbeitszimmer: Entspricht das Erfordernis der fristgebundenen Abgabe einer unternehmensbezogenen Zuordnungsentscheidung dem Unionsrecht?

Finanzgerichte

- > Keine kumulative Berücksichtigung der Steuerbefreiung für Ortsvorsteher und Ortschaftsräte gem. § 3 Nr. 12 EStG
- > Ablauf der Festsetzungsfrist nach Abschluss einer Außenprüfung ohne Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung
- > Ermessensfehler bei Ablehnung einer Stundung
- > Offenbare Unrichtigkeit bei Eintrag von Verpflegungsmehraufwendungen in ein falsches Eingabefeld
- > Folgen einer Rechnungskorrektur beim innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäft

Finanzverwaltung

- › Steuerbegünstigung zur Erhaltung von Baudenkmalen und Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen
- › Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz - FKAustG
- › Konsultationsvereinbarung zum DBA Niederlande: Positiver Qualifikationskonflikt bei einer Beteiligung an einer deutschen KG
- › Umsatzsteuer; Absenkung des Steuersatzes für die Beförderung von Personen im Schienenbahnfernverkehr

Weitere Meldungen

- › Vorsteuerabzug für Rechtsanwaltskosten im Rahmen eines Insolvenzverfahrens

› **Recht**

Arbeit und Soziales

- › Höhere Mindestlöhne für Beschäftigte in der Altenpflege
- › Benachteiligung schwerbehinderter Bewerber

Sonstiges Recht

- › Kein gewohnheitsrechtliches Wegerecht aufgrund jahrzehntelanger Duldung durch den Nachbarn

› **Wirtschaft**

Branchen

- › Aktuelle Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests Einzelhandel

Personal

- › Arbeitszeitmonitor 2019 - Ein Blick in die Arbeitszeitkonten deutscher Führungs- und Fachkräfte

Steuern

Bundesfinanzhof

Berücksichtigung von Beitragsnachzahlungen für Vorjahre im Rahmen der Öffnungsklausel

Bundesfinanzhof, X-R-43/17, Urteil vom 04.09.2019

Konnte der Steuerpflichtige in rentenrechtlich zulässiger Weise Nachzahlungen von Vorsorgebeiträgen für ein vorangegangenes Kalenderjahr leisten, die jedoch erst im Zahlungsjahr rentenrechtlich wirksam werden, sind diese Beiträge im Rahmen der Öffnungsklausel des § 22 Nr. 1

Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb Satz 2 EStG als Beiträge für das Jahr zu berücksichtigen, für das sie zulässigerweise geleistet wurden.

➤ [mehr in LEXinform 0951795 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Keine Aufdeckung der stillen Reserven bei freiwilligem Landtausch

Bundesfinanzhof, VI-R-25/17, Urteil vom 23.10.2019

Für den freiwilligen Landtausch gelten einkommensteuerrechtlich dieselben Folgen wie beim Regelflurbereinigungs- und beim Baulandumlegungsverfahren. Der Austausch von Grundstücken im Rahmen eines freiwilligen Landtauschs ist daher nicht nach den für den (freiwilligen) Tausch von Wirtschaftsgütern maßgeblichen Grundsätzen des § 6 Abs. 6 Satz 1 EStG zu beurteilen, sondern - soweit Wertgleichheit besteht - einkommensteuerrechtlich neutral.

➤ [mehr in LEXinform 0951413 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Sonderabschreibungen nach § 7g EStG a.F. für nach dem 31.12.2007 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens

Bundesfinanzhof, VIII-R-26/17, Urteil vom 06.08.2019

1. Sonderabschreibungen nach § 7g Abs. 1 EStG in der vor dem Inkrafttreten des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 vom 14.08.2007 geltenden Fassung (EStG a.F.) sind für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die nach dem 31.12.2007 angeschafft oder hergestellt wurden, nicht mehr zulässig.
2. Eine verfassungskonforme Auslegung von § 52 Abs. 23 EStG dergestalt, dass sich Sonderabschreibungen für nach dem 31.12.2007 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter, für die eine Ansparrücklage nach § 7g Abs. 3 EStG a.F. gebildet worden war, noch nach § 7g Abs. 1 EStG a.F. richten, ist nicht geboten, um eine verfassungswidrige Verletzung schützenswerten Vertrauens zu verhindern.

➤ [mehr in LEXinform 0951636 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Untergang von Gewerbeverlusten bei Betriebsverpachtung

Bundesfinanzhof, IV-R-59/16, Pressemitteilung vom 30.01.2020

Der BFH hat entschieden, dass gewerbesteuerliche Verlustvorträge bei der Verpachtung des Betriebs einer gewerblich geprägten Personengesellschaft untergehen können.

➤ [mehr in LEXinform 0450993 | Gewerbesteuer](#)



Säumniszuschläge trotz Anzeige der Masseunzulänglichkeit

Bundesfinanzhof, VII-R-31/18, Urteil vom 17.09.2019

1. Säumniszuschläge entstehen gemäß § 240 Abs. 1 Satz 1 AO auch nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit kraft Gesetzes.
2. Nach Rückkehr ins reguläre Insolvenzverfahren sind die während der Masseunzulänglichkeit geltenden Aufrechnungsverbote nicht mehr anzuwenden.

➤ [mehr in LEXinform 0952040 | Steuerliches Verfahrensrecht](#)



Rechnungsanforderungen für den Vorsteuerabzug

Bundesfinanzhof, V-R-14/18, Urteil vom 15.10.2019

Der Vorsteuerabzug setzte nach der Rechtslage im Jahr 1999 eine Rechnung oder Gutschrift in Papierform voraus.

➤ mehr in LEXinform 0951855 | Umsatzsteuer



Grundsätzlich keine Geschäftsveräußerung trotz vollständiger Übertragung der Anteile an einer GmbH

Bundesfinanzhof, XI-R-33/18, Urteil vom 18.09.2019

1. Die Inhaberschaft von Anteilen an einer GmbH reicht (im Gegensatz zur Inhaberschaft von Vermögenswerten dieser GmbH) für sich genommen nicht hin, um eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit der Veräußerin fortführen zu können.
2. Anders kann es sein, wenn die bisherige Organträgerin die Anteile an der GmbH an die neue Organträgerin überträgt.

➤ mehr in LEXinform 0952234 | Umsatzsteuer



Vorsteuerabzug für ein Arbeitszimmer: Entspricht das Erfordernis der fristgebundenen Abgabe einer unternehmensbezogenen Zuordnungsentscheidung dem Unionsrecht?

Bundesfinanzhof, XI-R-3/19, Pressemitteilung vom 30.01.2020

Der BFH hat Zweifel, ob das Unionsrecht einer nationalen Rechtsprechung entgegensteht, nach der im Falle eines sog. Zuordnungswahlrechtes beim Leistungsbezug der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist, wenn bis zum Ablauf der gesetzlichen Abgabefrist für die Umsatzsteuer-Jahreserklärung die Zuordnungsentscheidung gegenüber dem Finanzamt nicht getroffen wurde. Er hat den EuGH um Klärung gebeten.

➤ mehr in LEXinform 0450994 | Umsatzsteuer



Finanzgerichte

Keine kumulative Berücksichtigung der Steuerbefreiung für Ortsvorsteher und Ortschaftsräte gem. § 3 Nr. 12 EStG

Finanzgericht Baden-Württemberg, 3-K-1507/18, Mitteilung vom 23.01.2020

Das FG Baden-Württemberg hat entschieden, dass die Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 12 EStG für die von einer Gemeinde bezahlten Aufwandsentschädigungen nicht kumulativ in Anspruch genommen werden kann, wenn der Ortsvorsteher zugleich Mitglied des Ortschaftsrats ist.

➤ mehr in LEXinform 0450971 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Ablauf der Festsetzungsfrist nach Abschluss einer Außenprüfung ohne Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung

Finanzgericht Baden-Württemberg, 12-K-516/19, Mitteilung vom 23.01.2020

Das FG Baden-Württemberg hat entschieden, dass die Festsetzungsfrist nach einer Außenprüfung auch dann abläuft, wenn es das Finanzamt unterlässt, den Vorbehalt der Nachprüfung aufzuheben, obwohl die Außenprüfung nicht zu einer Änderung der Besteuerungsgrundlagen führte und dies im Prüfungsbericht dokumentiert wurde.

➤ [mehr in LEXinform 0450970](#) | **Steuerliches Verfahrensrecht**



Ermessensfehler bei Ablehnung einer Stundung

Finanzgericht Baden-Württemberg, 12-K-234/19, Mitteilung vom 23.01.2020

Die Ablehnung einer Stundung ist ermessensfehlerhaft, wenn die Behörde bei ihrer Ermessensentscheidung von einem unzutreffenden Sachverhalt ausgeht (hier: Bezug von Leistungen zur Grundsicherung). Der Umstand, dass ein Antragsteller im Kindergeldverfahren seine Mitwirkungspflichten verletzt hat, reicht für sich genommen nicht aus, um die Stundungswürdigkeit des Antragstellers zu verneinen und auf eine Prüfung der Stundungsbedürftigkeit zu verzichten. Das hat das FG Baden-Württemberg entschieden.

➤ [mehr in LEXinform 0450974](#) | **Steuerliches Verfahrensrecht**



Offenbare Unrichtigkeit bei Eintrag von Verpflegungsmehraufwendungen in ein falsches Eingabefeld

Finanzgericht Baden-Württemberg, 4-K-1870/16, Mitteilung vom 23.01.2020

Hat der Steuerpflichtige im amtlichen Einkommensteuervordruck der Anlage N 2012 und der Anlage N 2013 die Verpflegungsmehraufwendungen falsch eingetragen, wodurch die Minderung der Werbungskosten um die ebenfalls falsch eingetragenen steuerfreien Arbeitgeberleistungen unterblieb, so spricht der Umstand, dass der Fehler vom Finanzamt trotz Prüfhinweis zunächst unbemerkt blieb und auch nicht sofort und eindeutig lokalisiert werden konnte, nicht gegen das Vorliegen einer offenbaren Unrichtigkeit. Das hat das FG Baden-Württemberg entschieden.

➤ [mehr in LEXinform 0450972](#) | **Steuerliches Verfahrensrecht**



Folgen einer Rechnungskorrektur beim innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäft

Finanzgericht Rheinland-Pfalz, 6-K-1767/17, Urteil vom 28.11.2019

Eine Rechnungsberichtigung im Rahmen eines innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäfts entfaltet Rückwirkung auf den Zeitpunkt der ursprünglichen Rechnungsausstellung.

➤ [mehr in LEXinform 5022690](#) | **Umsatzsteuer**



Finanzverwaltung

Steuerbegünstigung zur Erhaltung von Baudenkmalen und Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen

*Bundesministerium der Finanzen, IV C 1 - S-2198a / 19 / 10004 :001,
Schreiben vom 21.01.2020*

Das BMF teilt eine Übersicht über die Veröffentlichung der länderspezifischen Bescheinigungsrichtlinien mit Stand Januar 2020 mit.

➤ [mehr in LEXinform 7012074 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem Finanzkonten- Informationsaustauschgesetz - FKAustG

Bundesministerium der Finanzen, IV B 6 - S-1315 / 19 / 10030 :015, Schreiben vom 28.01.2020

Das BMF hat die vorläufige Staatenauauschliste im Sinne des § 1 Absatz 1 FKAustG für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen zum 30. September 2020 bekannt gegeben.

➤ [mehr in LEXinform 7012105 | Internationales Steuerrecht](#)



Konsultationsvereinbarung zum DBA Niederlande: Positiver Qualifikationskonflikt bei einer Beteiligung an einer deutschen KG

Bundesministerium der Finanzen, IV B 3 - S-1301 -NDL / 19 / 10010 :001, Schreiben vom 23.01.2020

Das BMF teilt mit, dass mit der Konsultationsvereinbarung zum DBA Niederlande der Effekt einer doppelten Besteuerung, der bei Sachverhalten entsteht, in denen beide Staaten eine deutsche Kommanditgesellschaft unterschiedlich qualifizieren, durch Anrechnung in den Niederlanden abgemildert werden soll.

➤ [mehr in LEXinform 7012085 | Internationales Steuerrecht](#)



Umsatzsteuer; Absenkung des Steuersatzes für die Beförderung von Personen im Schienenbahnfernverkehr

Bundesministerium der Finanzen, III C 2 - S-7244 / 19 / 10002 :009, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 21.01.2020

Durch Art. 3 des Gesetzes zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht vom 21.12.2019 wurde der Steuersatz für die Beförderung von Personen im innerdeutschen Schienenbahnverkehr auch für den Personenfernverkehr auf 7 % abgesenkt. Das BMF nimmt zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Leistungen im Schienenbahnverkehr Stellung.

➤ [mehr in LEXinform 7012076 | Umsatzsteuer](#)



Weitere Meldungen

Vorsteuerabzug für Rechtsanwaltskosten im Rahmen eines Insolvenzverfahrens

Deubner Verlag, Kurzbeitrag vom 28.01.2020

Die Umsatzsteuer aus Eingangsleistungen ist als Vorsteuer abziehbar, wenn die unternehmerische Tätigkeit bereits eingestellt ist, die Leistung sich jedoch auf den allgemeinen Geschäftsbetrieb bezog.

➤ [mehr in LEXinform 0653708 | Umsatzsteuer](#)



Recht

Arbeit und Soziales

Höhere Mindestlöhne für Beschäftigte in der Altenpflege

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Pressemitteilung vom 29.01.2020

Am 28. Januar 2020 hat sich die Pflegekommission auf höhere Mindestlöhne für Beschäftigte in der Altenpflege geeinigt: Ab 1. Juli 2020 sollen die Mindestlöhne für Pflegehilfskräfte im Osten und im Westen in vier Schritten auf einheitlich 12,55 Euro pro Stunde steigen.

➤ [mehr in LEXinform 0450990 | Arbeitsrecht](#)



Benachteiligung schwerbehinderter Bewerber

Bundesarbeitsgericht, 8-AZR-484/18, Pressemitteilung vom 23.01.2020

Geht dem öffentlichen Arbeitgeber die Bewerbung einer fachlich nicht offensichtlich ungeeigneten schwerbehinderten oder dieser gleichgestellten Person zu, muss er diese nach § 82 Satz 2 SGB IX a. F. zu einem Vorstellungsgespräch einladen. Unterlässt er dies, ist er allerdings nicht bereits aus diesem Grund zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet. Das hat das BAG entschieden.

➤ [mehr in LEXinform 0450969 | Arbeitsrecht](#)



Sonstiges Recht

Kein gewohnheitsrechtliches Wegerecht aufgrund jahrzehntelanger Duldung durch den Nachbarn

Bundesgerichtshof, V-ZR-155/18, Pressemitteilung vom 24.01.2020

Der BGH hat entschieden, dass im Verhältnis einzelner Grundstücksnachbarn ein Wegerecht nicht aufgrund Gewohnheitsrechts durch eine ? sei es auch jahrzehntelange ? Übung entstehen kann. Außerhalb des Grundbuchs kann ein Wegerecht nur aufgrund schuldrechtlicher Vereinbarung oder als Notwegerecht unter den Voraussetzungen des § 917 BGB bestehen.

➤ [mehr in LEXinform 0450973 | Sonstiges Recht](#)



Wirtschaft

Branchen

Aktuelle Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests Einzelhandel

DATEV Redaktion LEXinform, Übersicht vom 29.01.2020

In LEXinform Wirtschaft stehen für 32 Branchen des Einzelhandels die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests für den Monat Januar 2020 zur Verfügung.

> mehr in LEXinform 0179700



Personal

Arbeitszeitmonitor 2019 - Ein Blick in die Arbeitszeitkonten deutscher Führungs- und Fachkräfte

DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 28.01.2020

Mit dem kostenlosen Arbeitszeitmonitor 2019 bietet Compensation Partner interessante Einblicke in die Zeitkonten von Beschäftigten in Deutschland. Demnach leisten Führungskräfte im Laufe ihres gesamten Berufslebens 15.390 Überstunden. Die meisten Überstunden machen Unternehmensberater. 54 Prozent aller Beschäftigten leisten durchschnittlich 3 Überstunden pro Woche. Aus gleicher Datenquelle werden die Gehaltsspiegel von Compensation Partner erstellt - Neuauflage der Datenerhebung 2019 erscheint im März 2020.

> mehr in LEXinform 2094253



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "[LEXinform aktuell \(E-Paper\)](#)" oder "[LEXinform aktuell \(Print\)](#)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie [hier](#).

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos [bestellen](#).

Hier können Sie den Newsletter [abbestellen](#) oder [Ihre persönlichen Daten ändern](#).

Verantwortlich: Tina Schulz

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht

geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG

90329 Nürnberg

Telefon: +49 911 319-0

E-Mail: info@datev.de

Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann